

# Der Personalumbau der 90er Jahre in der ostdeutschen Wissenschaft

## Differenzierungen und ihr Erklärungspotenzial

**Peer Pasternack**  
Halle-Wittenberg

Ab 1990 galt das westdeutsche Wissenschaftssystem als normsetzendes Muster in Ostdeutschland. So wandelten sich im Zuge eines weitgehenden West-Ost-Transfers die kompletten Strukturen:

- die systemischen (im Hochschulbereich die Einführung des FH-Sektors, in der außeruniversitären Forschung die Übertragung der Bund-Länder-getragenen Organisationsformen),
- die organisationalen (Studienstruktur und akademische Selbstverwaltung),
- die Personalstruktur (Personalkategorien, Umkehrung des Verhältnisses von befristeter und unbefristeter Beschäftigung, erstere nunmehr dominierend, und quantitative Angleichung an westdeutsche Personalausstattungen),
- die Finanzierungsstrukturen (primär Landesfinanzierung, der Bund in eng definierten Grenzen beteiligt) sowie
- das rahmensetzende Rechtssystem (Hochschulautonomie bei – damals noch – staatlicher Fachaufsicht, Rahmen- und Landesgesetzgebung, ergänzt um die Regelungen zahlreicher Einzelmaterien).

Zwar setzte zugleich, finanztransfergetrieben, auch eine deutliche Ausstattungsverbesserung der ostdeutschen Hochschulen und, sofern weitergeführt, Forschungsinstitute ein. Der plötzlich in allen sanierten Büros verlegte Spannteppich vermittelte auf durchaus überzeugende Weise das Gefühl, nunmehr mit beiden Beinen im Westen zu stehen. Allerdings profitierten davon nur diejenigen an solchen Einrichtungen, denen eine Zukunft beschieden war, und auch von diesen am Ende sehr viele nicht.

Denn insgesamt war die Komplettumgestaltung der ostdeutschen Wissenschaft ein vor allem dramatischer Vorgang. Mit parolenhaften Beschreibungen wie „Die Entmachtung der roten Professoren an ihren roten Unis“ würde der ziemlich schief, weil höchst unvollständig zusammen-

gefasst. Die Umbauvorgänge insgesamt entfalteten sich in vier Dimensionen: der strukturellen, personellen, inhaltlichen und der kulturellen. Die personelle Dimension war am stärksten konfliktbehaftet. Sie prägt daher einerseits die Erinnerungen der Beteiligten nach wie vor am deutlichsten. Andererseits wird der Personalumbau in der aktuellen öffentlichen Debatte zu den Verwerfungen der 90er Jahre gezählt, die als teilsächlich für die staats- und demokratieskeptische Stimmung in den ostdeutschen Regionen gelten.

Möchte man diesen Vorgang verstehen, ist es nötig, einige Differenzierungen vorzunehmen, da nur so zweierlei deutlich werden kann: Welchen objektiven und subjektiven Bedingungen sind die Entwicklungen zurechenbar, und wie sind folglich die Verantwortlichkeiten verteilt gewesen? Wie und mit welchen Berechtigungen sind die nach wie vor bestehenden, höchst gegenläufigen Deutungen des Personalumbaus in der ostdeutschen Wissenschaft begründet? Zur Beantwortung dieser Fragen sollen die beiden Hauptelemente, die innerhalb des Vorgangs wirksam wurden – Personalstruktur-Neudefinition und umfangreiche Personalexklusion –, mit sieben intervenierenden Faktoren konfrontiert werden.

## **1. Die Hauptelemente: neue Personalstruktur und Personalexklusion**

Zur allgemeinen Strukturübertragung von West nach Ost gehörte unter anderem die Überführung der Personalstruktur im Wissenschaftsbereich. Das betraf zum einen die Personalkategorien (wie sie für die Hochschulen damals das Hochschulrahmengesetz von 1987, §§ 42ff., regelte) und zum anderen die quantitative Angleichung. Um beides einordnen zu können, sind zweierlei Berechnungen instruktiv:

■ *inklusive Industrieforschung*: Setzt man in einer Gesamtbetrachtung sämtlicher Wissenschaftssegmente – also Hochschulen, Akademieforchung und Industrieforschung – die Zahl der beschäftigten Forscher:innen ins Verhältnis zu Bevölkerungsgröße und allgemeiner Beschäftigtenzahl, dann gab es in der DDR etwa zehn Prozent mehr wissenschaftliches Personal als in der Bundesrepublik (Meske 1993: 11). Bezieht man zugleich ein, dass in der DDR apparative Ausstattungsdefizite durch erhöhten Personaleinsatz kompensiert wurden, dann lässt sich in dieser Betrachtung von einem ungefähren Gleichstand der relativen Wissenschaftlerbeschäftigung in BRD und DDR sprechen.

■ *ohne Industrieforschung*: Im wissenschaftlichen Personal der Hochschulen hatte die DDR im Jahr 1989 38.909 Personen beschäftigt, und in

der außeruniversitären Forschung waren es 31.628 Wissenschaftler.innen. Zusammen ergab das rund 70.500 Personen. (Burkhardt 1997: 11; Julier 1990: 5) In der ehemaligen Bundesrepublik wurden 1989 106.000 Wissenschaftler.innen öffentlich finanziert (Meske 1993: 11). Die Ost-West-Relation betrug damit 1 : 1,5. Hinsichtlich der Bevölkerung war das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland seinerzeit allerdings 1 : 3,7, hinsichtlich der Erwerbstätigen 1 : 2,9. Der Anteil an öffentlich finanzierten Wissenschaftler.innen war damit in der DDR sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung als auch im Verhältnis zu den Erwerbstätigen deutlich höher als in der Bundesrepublik, rund gerechnet: doppelt so hoch.

Der Wissenschaftsumbau wurde fast ausschließlich im Blick auf die Hochschulen und die öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschung konzipiert und umgesetzt (d.h. ohne die Industrieforschung angemessen in den Blick zu nehmen). Daher rührte die alsbald dominierende Auffassung, dass es in diesen beiden Bereichen notwendig sei, beträchtliche Teile des wissenschaftlichen Personals abzubauen. Infolgedessen wurde die Neudefinition der Stellenstrukturen in Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten verbunden mit einer deutlichen Exklusion von Personen aus dem wissenschaftlichen Betrieb. Zwar gab es für einen Teil des Personals auch Übergangsregelungen:

- das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) für positiv evaluierte Akademieforscher.innen;
- sog. Forschungsschwerpunkte, zunächst von der Max-Planck-Gesellschaft administriert, dann zu fünf Geisteswissenschaftlichen Zentren umgebaut (die heute noch bestehen und seit 2018/2019 Leibniz-Institute sind; drei in Berlin, je eines in Potsdam und Leipzig);
- an Hochschulen statt sofortiger Entlassungen auch zahlreiche Umwandlungen bisher unbefristeter Verträge in befristete;
- daneben eine allgemeine Vorruhestandsregelung für Personen ab 55 Jahre.

Doch waren die Übergangsregelungen zeitlich befristet, und zudem galt das Ziel der Ost-West-Personaldurchmischung, sodass nicht alle verbleibenden Stellen aus den Reihen der ostdeutschen Wissenschaftler.innen besetzt wurden. Im Ergebnis waren am Ende der 90er Jahre ca. 60 Prozent des ursprünglichen Personals aus öffentlich finanzierter akademischer Beschäftigung Jahre exkludiert.

Damit sind die beiden Hauptelemente des Personalumbaus benannt: die Neudefinition der Personalstruktur und die daraus folgende massenhafte Exklusion von Personal.

## 2. Intervenierende Faktoren

Allerdings erklärt die Personalstruktur-Neugestaltung allein nicht das Ausmaß der Personal-Exklusion und vor allem nicht die innerhalb dieser beobachtbar gewesenen Unterschiede. Intervenierend wirkten vielmehr sieben Faktoren: die Institutionenarten, die Personalüberprüfungen, die Fächergruppen-Zugehörigkeiten, die regionale wissenschaftliche Versorgungsdichte, die Wettbewerblichkeit der Wissenschaft, die Geschlechtsspezifität und Generationendifferenzen.

### 2.1. Institutionenarten

Es machte für die individuellen Chancen auf einen Verbleib in der Wissenschaft einen Unterschied, ob man an einer Akademie,<sup>1</sup> einer Hochschule, im Bereich von Sonderhochschulen und Ressortforschung<sup>2</sup> oder der Industrieforschung beschäftigt war. Letztere war zwar ein Bereich jenseits der öffentlich finanzierten Forschung, allerdings nur in der Bundesrepublik: In der DDR machte es für die Einzelnen keinen relevanten Unterschied, ob der Arbeitsvertrag mit einem Betrieb, einem Akademieinstitut oder einer Hochschule bestand, da auch die Wirtschaft staatlich war. In der DDR-Industrieforschung wurden 1989 86.208 Personen beschäftigt (Pleschak/Fritsch/Stummer 2000: 6). Diese blieben bei der Darstellung des öffentlich finanzierten Wissenschaftspersonals – also dessen, für das sich Bund und Ländern unmittelbar zuständig fühlen mussten – unberücksichtigt. Freilich prägt auch der Abbau des dortigen Personals die Erinnerungen der Beteiligten an die 90er Jahre.

Lassen sich die Größenordnungen des Personalabbaus in den einzelnen Bereichen beziffern? Ja und nein. Es gibt zum einen keine *Gesamter-*

---

<sup>1</sup> Neben der Akademie der Wissenschaften (AdW) gab es in der DDR vier weitere Akademien und faktisch zwei Akademietypen: einerseits solche mit Gelehrtenengesellschaft und Forschungsinstituten (AdW, Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Bauakademie), andererseits solche, die allein als Gelehrtenengesellschaft bestanden (Akademie der Naturforscher Leopoldina, Sächsische Akademie der Wissenschaften).

<sup>2</sup> In diesem Bereich gab es 1989 116 Einrichtungen mit ca. 11.300 Wissenschaftler:innen (Grelak/Pasternack 2024).

hebung (was gewiss erstaunen mag, aber nur solange, bis man sich vergegenwärtigt, ob einer der potenziellen Auftrag- und Geldgeber einer solchen Erhebung ein Interesse an deren Ergebnissen hätte haben können). Zum anderen ist die Zahl der empirisch abgesicherten Erhebungen und Hochrechnungen, denen sich für einzelne Sektoren relevante Zahlen entnehmen lassen, überschaubar, und in ihren Details sind diese Studien nur schwer miteinander zu vergleichen. Daher kann lediglich eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der Studien stattfinden. Diese Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:<sup>3</sup>

- ca. 60 Prozent an den Hochschulen (mit Unterschieden zwischen den Ländern),
- ca. 60 Prozent in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40 Prozent wurden in neugegründeten Max-Planck-, Fraunhofer-, Großforschungs- und Blaue-Liste-Einrichtungen tätig),
- ca. 95 Prozent in Sonderhochschulen und Ressortforschung, also in Einrichtungen, die Ministerien und z.T. dem SED-Zentralkomitee bzw. Massenorganisationen unmittelbar unterstellt waren,
- ca. 85 Prozent in der Industrieforschung.<sup>4</sup>

## 2.2. Personalüberprüfungen

Keinen Hauptfaktor des Reduzierungsgeschehens stellten die Personalüberprüfungen dar, da ihre Folgen im Vergleich zur allgemeinen Stellenreduzierung eher marginal waren. Auf der psychologischen Ebene aber waren sie bedeutsam, da sie individuell vielfach als beschämend wahrgenommen wurden. Es fanden mehrere Überprüfungen statt. Von diesen wirkten institutionelle Evaluationen als indirekte Personalüberprüfungen, während individuelle fachliche Evaluationen und Integritätsprüfungen direkt die Einzelpersonen in den Blick nahmen.

---

<sup>3</sup> Grundlagen dieser Zusammenschau sind: Meyer (1993); Meske (1993); Pasternack (1996); Neie (1996); Buck-Bechler/Schaefer/Wagemann (1997); Lewin (1997); Burkhardt (1997); Pleschak/Fritsch/Stummer (2000); Hecht (2002); Grelak/Pasternack (2024).

<sup>4</sup> Letzteres vor allem ein Ergebnis des Wirkens der Treuhand-Anstalt, die wiederum „den Markt“ dafür verantwortlich machte, der freilich dafür nichts kann: Es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft geoutsourcter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche einer bislang planwirtschaftlich verwalteten Ökonomie kann „dem Markt“ nicht direkt zugerechnet werden.

Die institutionellen Evaluationen fanden vor allem durch den Wissenschaftsrat statt, der insbesondere für die Akademien ein groß angelegtes Evaluierungsprogramm ins Werk zu setzen hatte. Die Ergebnisse dessen wie des nachfolgenden politischen Handelns lassen sich so zusammenfassen:

- Im naturwissenschaftlichen Sektor ergab sich eine Reihe von Weiterführungsempfehlungen für komplette Institute, die dann auch weitgehend umgesetzt wurden (vgl. Wissenschaftsrat 1992a).
- Im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich waren die Empfehlungen zwar differenzierter, als gemeinhin angenommen wird (vgl. Wissenschaftsrat 1992b). Doch folgten daraus nur wenige institutionelle Fortführungen. Aus zehn gesellschaftswissenschaftlichen Akademie-Einrichtungen konnten für jeweils kleine Teilbereiche im Laufe der 90er Jahre institutionelle Anschlusslösungen unterschiedlicher Qualität organisiert werden, die bis heute Bestand haben.<sup>5</sup>

An den Hochschulen fanden, je nach Land in unterschiedlichen Formen, individuelle fachliche Evaluationen statt. Sie zielten vor allem darauf, festzustellen, welche Personen für Besetzungen innerhalb der reduzierten Stellenpläne infragekommen. Letztlich aber stellten sie vor allem fest, wer dafür *nicht* infrage kommt, denn der Umfang der Stellenpläne war am Ende weitaus geringer als die Zahl des fachlich positiv evaluierten Personals.

Die ebenfalls individuellen Überprüfungen politisch-moralischer Integrität stellten eine paradoxe Intervention dar. Mit der Begründung, Wissenschaft und Politik fortan zu trennen, wurden Politik und Wissenschaft noch einmal explizit zusammengeführt: Personalkommissionen und Ministerien unternahmen politische Bewertungen der Wissenschaftler:innen und ihrer Biografien. Der Vorgang vermittelte seiner Form nach nichtjustiziable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. In ihrem positivistischen Kern waren diese Überprüfungsverfahren Beurtei-

---

<sup>5</sup> Das heutige Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung Erkner (IRS) setzt z.T. die Arbeiten des früheren Instituts für Städtebau und Architektur der DDR-Bauakademie fort, und das Leibniz-Institut für Ökologische Raumentwicklung Dresden (IÖR) baute auf Dresdner Instituten der Bauakademie auf. Die neu gegründete Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin (BBF) fußt auf den Bereichen Sammlungen und Bildungsgeschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW). Direkte Fortsetzungen gab es für das Institut für sorbische Volksforschung, das heute als von Sachsen und Brandenburg getragenes Sorbisches Institut/Serbski institut mit Sitz in Bautzen und einer Arbeitsstelle in Cottbus arbeitet, sowie für das Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig (früher AdW-Institut für Geographie und Geoökologie). Hinzu treten die oben schon erwähnten fünf Geisteswissenschaftlichen Zentren, heute Leibniz-Institute.

lungen individualbiografischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden.

Wieviele Personen es genau waren, die infolge dieser verschiedenen Personalüberprüfungen mit jeweils welchen Begründungen die Wissenschaft verlassen mussten, ist nicht bekannt. Zum einen gibt es lediglich von einzelnen Hochschulen Veröffentlichungen solcher Zahlen.<sup>6</sup> Zum anderen wurden die Kündigungsgründe „mangelnde fachliche Eignung“ und „mangelnde persönliche Eignung“ alsbald von den Hochschulen vermieden, nachdem sie mehrfach von Arbeitsgerichten nicht anerkannt worden waren. Dagegen war auf Basis der neuen Stellenpläne „mangelnder Bedarf“ meist einfacher gerichtsfest zu begründen und wurde daher ersatzweise genutzt.

Auf Grundlage der wenigen veröffentlichten Zahlen und des Umstandes, dass nirgends eine Einrichtung besonders hohe Kündigungsquoten etwa für Inoffizielle Mitarbeiter:innen des MfS verkündet hat, lässt sich aber plausibel annehmen, was eingangs gesagt worden war: Quantitativ waren die Folgen der Personalüberprüfungen weniger bedeutsam als die Fragen nach Institutserhalt oder -schließung und nach der Ausstattung der Stellenpläne.

### *2.3. Regionale Versorgungsdichte der wissenschaftlichen Ressourcen*

Betrachtet man auf einer DDR-Karte die Verteilung der wissenschaftlichen Einrichtungen, so werden drei räumliche Unterschiede deutlich (hier der Einfachheit halber mit den heutigen Ländernamen): Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern waren wissenschaftlich dünn besiedelt; Süd-Mecklenburg-Vorpommern und Nord-Brandenburg bildeten einen praktisch wissenschaftsfreien West-Ost-Korridor. Thüringen und Sachsen-Anhalt waren durchschnittlich mit Wissenschaft versorgt. In Ost-Berlin und Sachsen hingegen gab es eine starke Verdichtung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das hatte Auswirkungen auf den Personalabbau nach 1990.

Dieser betraf vor allem (Ost-)Berlin und Sachsen. Nimmt man beide zusammen, so hatte die DDR dort die Hälfte ihres Wissenschaftspotenzials konzentriert. In den drei sächsischen Bezirken waren 32 Prozent und in Berlin 19 Prozent des wissenschaftlichen Personals der DDR beschäf-

---

<sup>6</sup> vgl. z.B. Universität Potsdam (1995); Universität Rostock (1996); Raiser (1998); Häfner/Fink (2002); Post (2002)

tigt (ohne Industrieforschung, bei der es sich aber ähnlich verhielt; vgl. Julier 1990: 3). In Sachsen bestanden allein 22 der 53 öffentlichen DDR-Hochschulen, in Berlin waren es sieben. Die anderen Regionen teilten sich die restlichen 24 Hochschulen. In Berlin befanden sich zudem die meisten Akademieinstitute und Ressortforschungseinrichtungen.

All das war durch die beiden Bundesländer in diesen Größenordnungen allein nicht mehr zu finanzieren. An der Universität Leipzig, der TU Dresden und der Humboldt-Universität zu Berlin, um drei Beispiele zu nennen, hatten daraufhin jeweils zwei Drittel des 1990 beschäftigten Personals ihren Arbeitsplatz räumen müssen.<sup>7</sup>

## 2.4. Fächergruppen

Das paradigmatische Muster für die Umgestaltungsvorgänge hatten die Abwicklungen an den Hochschulen, verfügt im Dezember 1990, abgegeben. Abwicklung – ein Elitenwechsel als Verwaltungsakt – bedeutete: Schließung von Einrichtungen, die als sachlich überflüssig oder politisch erneuerungsbedürftig galten, und Versetzung des vorhandenen Personals in eine Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten bei gleichzeitiger Zahlung von 70 Prozent der Gehälter. Sobald die Warteschleife auslief, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Zeitgleich war ggf. eine Neubewerbung auf eine der Stellen des statt der alten Einrichtung neu errichteten Instituts möglich. Diese war allerdings mit dem Makel behaftet, sich aus einem abgewickelten Zustand heraus zu bewerben. Das wesentliche Problem indes war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs: Die Mitgliedschaft in einem Institut, also ein Kollektivmerkmal, entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne dass der oder die Einzelne eine realistische Chance hatte, der kollektiven Verdammung zu entgehen.

Damit waren die wissenschaftlichen Belegschaften der Hochschulen in abwicklungsbetroffene und abwicklungsverschonte Personen geteilt. Weitgehend war dies synchronisiert mit den großen Fächergruppen Gesellschaftswissenschaften versus Naturwissenschaften und – damit zusammenhängend – mit der Ost-West-Verteilung bei den Stellenbesetzungen im weiteren Verlauf der Entwicklung. Die Resultate lassen sich so zusammenfassen:

- Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die MINT-Fächer und die Medizin.

---

<sup>7</sup> vgl. Gutjahr-Löser (1997: 33); Raiser (1998: 119); Post (2005)

- Innerhalb der letzteren hatten ostdeutsche Professor:innen in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während sich an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichene Verhältnisse ergaben.
- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:
- Es gab Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt wurden, da es das Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhielt: Von im Jahre 1997 53 für dieses Fach an ostdeutsche Universitäten berufenen Professoren hatten sich elf in der DDR habilitiert (Kaube 1998: 297).
- In den Geisteswissenschaften wurden Fächer wie Philosophie, Geschichts- oder Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gab – zumindest solange Pensionierungen und darauffolgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirkten.

## 2.5. *Wettbewerbllichkeit des Wissenschaftssystems*

Ebenfalls wirksam geworden sind die typischen Konkurrenzstrukturen eines meritokratischen Wissenschaftssystems, wenngleich sie zum Teil und für ein kurzes Zeitfenster auch außer Kraft gesetzt waren: Temporär wurde in einigen Ländern in Besetzungsverfahren ein Ostbonus angewandt, von dem einzelne profitierten. Gleichzeitig war es aber auch die Stunde für Durchschnittsbegabungen – was weniger despektierlich gemeint ist, als es klingt: Die meisten Menschen, auch Wissenschaftler:innen, sind Durchschnittsbegabungen, insoweit sich der Durchschnitt aus der Streuung zwischen den jeweils Leistungsschwächsten und den jeweils Besten geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Kohortenangehörigen errechnet. Das Problem war eher: Um eine überdurchschnittliche ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine durchschnittliche Performanz; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam. Hier wurde ein Zusammenspiel habitueller Eigenheiten, fehlender Netzwerkeinbindungen und des (noch) unzulänglichen Beherrschens der neuen Spielregeln wirksam.

Das öffnete die Vorgänge dem Einfluss klientelistischer Interessen. Die westdeutsche Generationsblockade, verursacht durch die Kohortenberufungen der 70er Jahre, ließ sich so unverhofft auflösen. Zwar war in einigen Fächern eine solche Anzahl von Professuren zu besetzen, dass die vorhandenen westdeutschen Personalreserven eigentlich überfordert waren, und die Wettbewerblichkeit der Berufungsverfahren ließ sich häufig nur noch formal aufrechterhalten. Aber es konnte dann immer noch auf Anwärter zurückgegriffen werden, die nach allem menschlichen Ermessen in der westdeutschen Normalsituation ihre Chancen ausgereizt hatten, ohne auf eine Professur gelangt zu sein.

„Nicht zuletzt aufgrund des großen Zeitdrucks“, so formulierte diesen Sachverhalt zurückhaltend der seinerzeitige Generalsekretär des Wissenschaftsrates, „ist es nur teilweise gelungen, den internationalen Standards entsprechende Berufungsverfahren durchzuführen.“<sup>8</sup> Wer sich in Westdeutschland habilitiert hatte, konnte beispielsweise in den neu aufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften angesichts der Vielzahl von besetzenden Positionen kaum abgewiesen werden.<sup>9</sup> Dieter Simon, seinerzeit Wissenschaftsratsvorsitzender mit Neigung zu rollenfremder Formulierungsweise, sagte es so: „wenn heute auch hintere Ränge völlig geräumt sind, wenn noch die drittklassigste Begabung aus dem Wartestand erlöst wurde und sich mit souveränem Schulterklopfen als Kollege zu erkennen gibt, wo sie bestenfalls zum Taschenträger bestimmt schien – wenn dies so ist, dann hat offenbar die Praxis die Theorie erschlagen“ (Simon 1995: 39).

Gleichwohl muss das – je nach Fächergruppe relative oder absolute – Übergewicht westdeutscher Berufungen in Ostdeutschland grundsätzlich weder verwundern, noch musste sich dahinter prinzipiell ein Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildete nun einmal nur 21 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften hätte man es wohl auch keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Allerdings wäre die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland nur dann völlig unproblematisch gewesen, wenn sich alsbald auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen

---

<sup>8</sup> Krull (1994: 215); vgl. auch die instruktive qualitative Untersuchung des ostdeutschen Berufungsgeschehens der 90er Jahre von Zimmermann (2000)

<sup>9</sup> Zur Vermeidung von Missverständnissen: Es gab selbstredend auch Fächer, in denen sich dies teilweise anders verhielt.

Personals an westdeutschen Hochschulen ergeben hätte. Dies war nicht der Fall.

## 2.6. *Geschlecht*

Bemerkenswert frühzeitig, bereits 1993, hatte der Heidelberger Soziologe und Leipziger Gründungsdirektor Wolfgang Schluchter (1993: 13) konstatiert: Die sich neu ergebende Personalzusammensetzung sei nicht nur stark von Dezimierung und Verwestlichung, sondern auch durch eine deutliche Vermännlichung gekennzeichnet. In der DDR hatte der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen 31 Prozent und der Professorinnenanteil fünf Prozent (Burkhardt 1997: 11; Burkhardt/Schlegel 2004: 21) betragen.<sup>10</sup> Die westdeutschen Hochschulen hatten 1988 einen Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal von 16 Prozent und bei den Professuren, wie in der DDR, fünf Prozent (BMBW 1991: 230).

1995/96 waren drei Viertel der Neubesetzungen der Professuren an den ostdeutschen Hochschulen erfolgt. Der Frauenanteil betrug zwölf Prozent (Burkhardt 1997: 37). An den westdeutschen Hochschulen war er bis 1996 auf 9,5 Prozent angestiegen (GWK 2017: 17). Von dem Gleichstellungsvorsprung, den der Osten beim wissenschaftlichen Personal gegenüber Westdeutschland gehabt hatte, war also zumindest auf die Professorebene etwas hinübergerettet worden – wenngleich zugleich auch Ausgrenzungstendenzen zu beobachten waren: „die Kombination Universität (speziell renommierte Hochschule an attraktivem Standort), C4-Professur und traditionell männlich besetztes Wissenschaftsgebiet (z.B. Ingenieurwissenschaften) war gleichbedeutend mit dem fast völligen Ausschluß von Frauen“ (Burkhardt 1997: 36). Ein bemerkenswerter Satz der damaligen Gleichstellungsbeauftragten der TU Dresden, Karin Reiche, formulierte zudem prägnant, wie ambivalent sich symbolische Anerkennungsdimension mit faktischen Verbleibschancen verknüpfte: „Früher war ich Physiker, heute bin ich Physikerin ...“ (in Baum 1995: 9).

Im weiteren glichen sich Ost und West dann einander an: Der Westen holte auf, der Osten fiel zurück. Nun machte sich bemerkbar, dass sich der Personalstrukturumbau vor allem auf die Berufspositionen unter-

---

<sup>10</sup> Die in der Literatur häufig zitierte Zahl von elf Prozent Professorinnen zum Ende der DDR ist irreführend: Das ist der Anteil an den Hochschullehrer:innen, was in der DDR die Positionen Dozentur und Professur umfasste. Dozent:innen waren, wenn man es vergleichend einordnen will, in etwa zwischen Akademischen Oberräten und den damaligen C2-Professorinnen zu verorten: Sie hatten ein höheres Lehrdeputat (und damit weniger Forschungszeit) und keine Ausstattung mit Assistentenstellen.

halb der Professur auswirkte. 2003 veröffentlichte das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) erstmalig sein Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten, basierend auf Daten von 2001 (Löther 2003). In der Gesamtschau der Indikatoren lagen drei ostdeutsche Bundesländer in der Spitzengruppe (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) und zwei in der Mittelgruppe (Sachsen, Thüringen). Zwei Jahre später fand sich nur noch Brandenburg in der Spitzengruppe. 2007 (mit Daten von 2005) war der ursprüngliche ostdeutsche Gleichstellungsvorsprung endgültig abgeschmolzen: Drei der ostdeutschen Länder landeten in der Schlussgruppe (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), und zwei Länder schafften es noch in die Mittelgruppe (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern). (Zimmermann 2013: 16)

## 2.7. Generationendifferenzen

Es war finanziell nicht komfortabel, aber zumindest eine halbwegs absichernde Lösung: Wer 55 Jahre alt war, konnte in den 90er Jahren über eine Sonderregelung in den Vorruhestand gehen. Wenigstens die Demütigung, sich als gestandene Wissenschaftlerin vom Arbeitsamt zu Anpassungskursen an einen nicht aufnahmebereiten Arbeitsmarkt schicken zu lassen, ließ sich so umgehen. Dieses Schicksal blieb den Entlassenen bis Mitte Fünfzig nicht erspart.

Zugleich kann aber auch die Altersstruktur der Hochschullehrerschaft in Augenschein genommen werden, um kundiger beurteilen zu können, welche Drastik der Maßnahmen tatsächlich unabweisbar war. 1989 beschäftigten die DDR-Hochschulen im Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen 2.940 ordentliche Professor:innen und 3.408 Dozent:innen, zusammen 6.348 Hochschullehrer:innen (Deregoski/Scherer/Wardezki 1990: 3). Für diejenigen jenseits der Medizin liegen Altersstrukturdaten vor. Zieht man daher die 968 medizinischen Hochschullehrer:innen (Burkhardt 1997: 11) ab, so verbleiben 5.380. Von diesen wären 900 Professor:innen und 650 Dozent:innen (zusammen 1.550) bis 1995 und weitere 800 bzw. 850 (zusammen 1.650) bis zum Jahr 2000 altersbedingt ausgeschieden. Innerhalb des ersten Jahrfünfts nach der Vereinigung wären damit 30 Prozent und innerhalb des ersten Jahrzehnts 59 Prozent (3.200) verrentet worden. (Deregoski/Scherer/Wardezki 1990: 6)

Daneben aber war eine besonders problematische Implikation der Vorgänge die Schwierigkeiten, die der Transformationsmodus der jüngeren ostdeutschen Wissenschaftlergeneration bei der Integration in den neu organisierten akademischen Betrieb bescherte. Deren Angehörige

hatten noch in der DDR ihre ersten Schritte in der Wissenschaft absolviert und dann mit dem Umbruch ihre akademischen Lehrer und Netzwerke verloren. Aus dieser Generation gelang es nur wenigen, sich gegen das Stigma, in der DDR wissenschaftlich sozialisiert worden zu sein, in die neuen Strukturen zu integrieren.

Es mangelte den jüngeren Wissenschaftlern an der Einbindung in die nun relevanten Netzwerke, an habitueller Passfähigkeit und der (noch) unzulänglichen Beherrschung der neuen Spielregeln. Sie stießen daher an eine gläserne Decke (wie sie schon aus den Forschungen zu Karriereverläufen von Frauen in der Wissenschaft bekannt war). Es kam zum Zuge, was Ethnologen Tribalismus nennen: Kontakte zu Mitgliedern der eigenen Kulturgruppe – hier die in der ostdeutschen Wissenschaft zunehmend dominierenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen westdeutscher Sozialisation – werden bevorzugt (vgl. Pasternack 1996a und Stenger/Lüchauer 1998). Dabei hatte der weitgehende Verzicht auf die komplette ostdeutsche Nachwuchskohorte eine wesentliche Voraussetzung: Die akademische Grundversorgung Ostdeutschlands konnte, wie oben schon verhandelt, vergleichsweise problemlos aus den vorhandenen personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen.

### **3. Fazit**

Die retrospektive Betrachtung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus nach 1989 leidet typischerweise unter der formalen Inkompatibilität zweier Perspektiven: Die eine erinnert zu viel, die andere zu wenig. Die eine löst sich nicht von den Details, und damit finden sich – häufig zu Recht – viele Anlässe, um anhaltend empört zu sein. Die andere Perspektive löst sich zu sehr von den Details, konzentriert sich auf große Entwicklungslinien, und damit lässt sich in den Vorgängen nur eine Normalisierungsgeschichte entdecken: Am Ende sei doch alles gut geworden. Die Kunst der angemessenen Beurteilung bestünde darin, eine mittlere Perspektive zu entwickeln: hinreichend nahe am Realgeschehen, um die problematischen Aspekte nicht zu übersehen, und hinreichend vom Realgeschehen distanziert, um die Entwicklungslinien der Prozesse identifizieren zu können. Dies ist hier unternommen worden.

Im Ergebnis lässt sich sagen: Vollbracht wurde in den 90er Jahren eine Systemintegration der ostdeutschen Wissenschaft, die jedoch nicht mit einer Sozialintegration einherging. Der Vorgang wurde umgesetzt unter Bedingungen eines unangemessenen Zeitrahmens und defizitärer Kapazitäten der Transformationsbewältigung seitens des politischen Systems. Er war gekennzeichnet durch Schwächen der Problemdefinition, in ihrem

Anspruchsniveau stark differierende Zielsetzungen, Delegitimierungsanstrengungen hinsichtlich der ostdeutschen Ausgangsstruktur, asymmetrische Organisiertheit der konfligierenden Interessen und dadurch dominierenden Einfluss klientelistischer (westdeutscher) Interessenskartelle.

So stand am Beginn der Entwicklungen die zutreffende Diagnose, dass die DDR weitaus mehr wissenschaftliches Personal an Hochschulen und in der außeruniversitären Forschung beschäftigt hatte als die Bundesrepublik. Die individuelle Verbleibswahrscheinlichkeit hing dann aber weniger von Leistungsfähigkeit ab, sondern von der Institutionenart, vom Bundesland und vom Fach, in denen man tätig war, vom Geschlecht und von der Generationenzugehörigkeit. Derart lässt sich bestimmen, wer von denen, die nicht wegen Bespitzelung ihrer Kolleg.innen in den Integritätsüberprüfungen scheiterten und zugleich als wissenschaftlich kompetent galten, im Bereich der öffentlich finanzierten Wissenschaft die geringste Chance hatte: wer in einem politknahen gesellschaftswissenschaftlichen Fach, an einem außeruniversitären Forschungsinstitut und in Sachsen oder Berlin tätig sowie weiblich war und in der Phase zwischen Promotion und Habilitation steckte. Mithin: Die wesentlichen Faktoren dafür, ob jemand in der Wissenschaft eine Perspektive hat, waren nicht-wissenschaftlicher Art.

*Übersicht 1: Hauptelemente und intervenierende Faktoren des Personalumbaus in Stichworten*

<b>Hauptelemente</b>	<b>Neudefinition Personalstruktur</b>			
	<b>Personalexklusion</b>			
<b>Intervenierende Faktoren:</b>				
<b>Institutionenarten</b>	Hochschulen	Akademien	Ressortforschung	Industrieforschung
<b>Überprüfungen</b>	institutionelle Evaluation	individuelle fachliche Evaluation	Integritätsüberprüfung	Nichtevaluation
<b>wissenschaftliche Versorgungsdichte</b>	Sachsen, Berlin		Thüringen, LSA	Brandenburg, MV
<b>Fächergruppen</b>	abwicklungsbetroffene		abwicklungsverschonte	
	Gewi	Nawi	Medizin	Ingwi
<b>Wettbewerbarkeit</b>	Wettbewerbsbedingungen		strategische Nutzung	
<b>Geschlecht</b>	Vermännlichung	Gleichstellungsvorsprung bis 2007 abgebaut		
<b>Generationsdifferenzen</b>	Vorruhestand ab 55	mittlere Generation		Nachwuchs

Ein Ergebnis ist eine mangelnde Präsenz ostdeutscher Sprecher und Sprecherinnen in den öffentlichen Debatten des vereinten Deutschlands. Sie besteht unter anderem deshalb, weil Ostdeutsche dort marginalisiert waren und sind, wo durch öffentliche Finanzierung das Nachdenken professionell betrieben werden kann und dessen Ergebnisse verstetigt in die öffentliche Meinungsbildung eingespeist werden: im Wissenschaftsbetrieb.

Auf der Seite derjenigen, die aus dem Wissenschaftsbereich selbst gestaltend, d.h. zieldefinierend und zielrealisierend an den Evaluationen und Umbauten beteiligt waren, setzte sich dazu im Laufe der Jahre eine doppelte Argumentation durch. Einerseits müsse man Fehler anerkennen, die im einzelnen gemacht worden seien, „die auch verletzt haben, die Personen betroffen haben, die es verdient hätten, anders behandelt zu werden“. Andererseits sei der Weg im Grundsatz richtig gewesen, da „fast jede denkbare Alternative ... zu schlechteren Ergebnissen geführt hätte“ (Markl 1997: 31). Die Ursache dafür, eine solch ambivalente Bewertung treffen zu müssen, wird externalisiert: Die „Zusammenführung der Wissenschaft in diesem raschen Holterdipolter“ (ebd.) wird äußeren Bewegungskräften zugeschrieben, wahlweise der Politik oder der geschichtlichen Dynamik. Diese Externalisierung von Verantwortung gleicht den argumentativen Strategien, mit denen ostdeutsche Wissenschaftler nach 1990 ihr Handeln in der DDR rationalisierten. Auf dieser Ebene zumindest konnte also die Einheit hergestellt werden.

### **Literatur**

- Baum, Anja (1995): Ohne festen Boden. Frauenforschung Ost auf der Suche nach dem Feminismus östlichen Typs, in: *unikonkret* 2/1995, S. 9–11.
- BMBW, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.) (1991): *Grund- und Strukturdaten*, Ausgabe 1991/92, Bonn.
- Buck-Bechler, Gertraude/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.) (1997): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*, Weinheim.
- Burkhardt, Anke (1997): *Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport*, Wittenberg.
- Burkhardt, Anke/Uta Schlegel (2004): *Frauen an ostdeutschen Hochschulen – in den gleichstellungspolitischen Koordinaten vor und nach der „Wende“*, in: *L'Homme Z.F.G.* 1/2004, S. 11–32.
- Deregoski, Angelika/Doris Scherer/Sabine Wardezki (1990): *Standpunkte zur Entwicklung des Hochschullehrerbestandes*, Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB), Berlin.
- Grelak, Uwe/Peer Pasternack (2024): *Im Auftrag. Sonderhochschulen und Ressortforschung in der DDR*, Göttingen [i. Dr.].

- Gutjahr-Löser, Peter (1997): Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende, in: Rektorat der Universität Leipzig (Hg.), Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld. Beiträge der Konferenz anlässlich des „Dies academicus“ am 2. Dezember 1996, Leipzig.
- GWK, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2017): Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung. 21. Fortschreibung des Datenmaterials (2015/2016) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen, Bonn.
- Häfner, Frieder/Dieter Fink (2002): Das Verfahren zur Überprüfung des Personals der Bergakademie Freiberg auf Menschenrechtsverletzungen im SED-Staat. Ein Novum in der Geschichte, in: Dietrich Stoyan/Helmuth Albrecht/Frieder Häfner/Harald Kohlstock (Hg.), Technische Universität Bergakademie Freiberg 1965–2002. Festgabe zum 300. Jahrestag der Gründung der Stipendienkasse für die akademische Ausbildung im Berg- und Hüttenfach zu Freiberg in Sachsen. Beiträge zur Geschichte der TU Bergakademie Freiberg, Freiberg, S. 158–165.
- Hecht, Arno (2002): Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig.
- Helmers, Sabine (1990): Theoretische und methodische Beiträge der Ethnologie zur Unternehmenskulturforchung, Berlin.
- Hochschulrahmengesetz (1987), in: Bundesgesetzblatt Teil I, 1987, S. 1170–1191.
- Julier, Elmar (1990): Personelle Forschungskapazitäten an DDR-Hochschulen und Akademien, Berlin.
- Kaube, Jürgen (1998): Soziologie, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin, S. 255–301.
- Krull, Wilhelm (1994): Im Osten wie im Westen – nicht Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/New York, S. 205–225.
- Lewin, Dirk (1997): Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim.
- Löther, Andrea (Red.) (2003): Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten, Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS, Bonn.
- Markl, Hubert (1997): „Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen“: Rede des Präsidenten der MPG, Prof. Hubert Markl, zur Verabschiedung der Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern, in: MPG-Spiegel 2/1997, S. 29–34.
- Meske, Werner (1993): Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Berlin.
- Meyer, Hansgünter (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Berlin.
- Neie, Thomas (1996): Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990–1993, in: hochschule ost 1/1996, S. 133–148.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung „Geisteswissenschaften in der DDR“ (Konstanz 1990). Leipzig.
- Pasternack, Peer (1996a): Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen, in: Deutschland Archiv 3/1996, S. 371–380.
- Pleschak, Franz/Michael Fritsch/Frank Stummer (2000): Industrieforschung in den neuen Bundesländern, Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Heidelberg.

- Post, Alfred (Hg.) (2002): Zur personellen und strukturellen Erneuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Symposium am 1. November 2001, Dresden.
- Post, Alfred (2005): Planung und Realisierung der neuen TU Dresden 1991 bis 1994. Gemeinsame Aufbruchjahre mit dem Rektor Günther Landgraf, Supplement zu Europäisches Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden (Hg.), Prof. Dr. Dr. Günther Landgraf – der TU Dresden verbunden, Dresden.
- Raiser, Thomas (1998): Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994, Berlin/Baden-Baden.
- Schluchter, Wolfgang (1993): Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, in: hochschule ost 9/1993, S. 5–18.
- Simon, Dieter (1995): Verschleudert und verschludert. In: Die Zeit 15/1995, S. 39f.
- Stenger, Horst/Annemarie Lüchauer (1998): Verweigerte Gleichwertigkeit. Zur Reproduktion des Ost-West-Unterschieds unter Wissenschaftlern, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1998, S. 490–516.
- Universität Potsdam, Rektorat (Hg.) (1995): Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam, Potsdam.
- Universität Rostock, der Rektor (Hg.) (1996): Die Ehrenkommissionen an der Universität Rostock. Reden anlässlich der Beendigung der Tätigkeit der Ehrenkommissionen am 30.6.1995 und Bericht der Ehrenkommission der Universität Rostock, Rostock.
- Wissenschaftsrat (1992a): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR, Bd. 2–8, Köln.
- Wissenschaftsrat (1992b): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR, Bd. 9 und 10, Köln.
- Zimmermann, Karin (2000): Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen, Berlin.
- Zimmermann, Karin (2013): Für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel. Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts, Wittenberg. URL [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Zimmermann\\_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Zimmermann_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf) (23.8.2023).

## Inventur

### Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989

*Franziska Bomski:*

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften und seine Folgen. Plädoyer für eine Versachlichung der Debatte .....7

*Mitchell G. Ash:*

Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung. Eine „Übernahme“ mit unerwarteten Folgen.....19

*Peer Pasternack:*

Der Personalumbau der 90er Jahre in der ostdeutschen Wissenschaft. Differenzierungen und ihr Erklärungspotenzial .....37

*Axel-Wolfgang Kahl:*

Planvoll zur Marktordnung. Ostdeutsches Expertenwissen und akademische Eliten in der ökonomischen Transformation der DDR .....54

*Bernd Florath:*

Der Unabhängige Historikerverband und die demokratische Revolution 1989/90 in der Geschichtswissenschaft. Eine erfahrungsgesättigte Analyse .....70

*Krijn Thijs:*

Die „Ritter-Kommission“ und ihre Mitglieder. Asymmetrische Erneuerungspraktiken am Geschichtsinstitut der Humboldt-Universität (1991–1993) .....84

*Carsten Gansel:*

Literaturwissenschaft in und aus der DDR zwischen Vorwende, Wende und Nachwende. Reflexionen und Erfahrungen.....99

*Sandra Schell:*

Aufbrüche und Enttäuschungen im Zeichen der ‚Wende‘. Am Beispiel des Leipziger Literaturwissenschaftlers Günter Mieth .....112

*Dorothea Horas:*  
 „Systemneutrale“ Naturwissenschaftler:innen als Stützen des Systems?  
 Der Personalumbau an den Pädagogischen Hochschulen in  
 Halle und Potsdam .....125

*Monika Juliane Gibas, Astrid Lorenz, Dieter Segert*  
*im Gespräch mit Franziska Bomski:*  
 Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge  
 ostdeutscher Wissenschaftler:innen.....139

*Wolfgang Schieder, Jörg Schönert*  
*im Gespräch mit Andrea Albrecht:*  
 Perspektive West: Strukturanpassungen und ihre  
 personellen Auswirkungen .....152

**PUBLIKATIONEN**

*Peer Pasternack:*  
 Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945.....167  
 Allgemeines und thematisch Übergreifendes (167) • Gesellschafts-/Sozial- und Geisteswissenschaften (169) • Künstlerische Hochschulen, Gestaltung und Architektur (175) • Naturwissenschaften (177) • Medizin und affine Fächer (181) • Ingenieurwissenschaften (182) • Regionales und Lokales (184)

**Autorinnen & Autoren**.....187

## Autorinnen & Autoren

**Andrea Albrecht**, Prof. Dr., Professorin für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Heidelberg. eMail: [andrea.albrecht@gs.uni-heidelberg.de](mailto:andrea.albrecht@gs.uni-heidelberg.de)

**Mitchell G. Ash**, Prof. em. Dr., Historiker, zuletzt Ordentlicher Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien. eMail: [mitchell.ash@univie.ac.at](mailto:mitchell.ash@univie.ac.at)

**Franziska Bomski**, Dr. phil., Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Einstein Forum, Potsdam. eMail: [franziska.bomski@einsteinforum.de](mailto:franziska.bomski@einsteinforum.de)

**Bernd Florath**, Dr. phil., Historiker, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Robert Havemann-Gesellschaft/Archiv der DDR-Opposition, Berlin. email: [bflorath@web.de](mailto:bflorath@web.de)

**Carsten Gansel**, Prof. Dr., Professor für Neuere deutsche Literatur und Germanistische Literatur- und Mediendidaktik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. eMail: [carsten.gansel@germanistik.uni-giessen.de](mailto:carsten.gansel@germanistik.uni-giessen.de)

**Monika Juliane Gibas**, Dr. phil. habil., arbeitete als Historikerin an den Universitäten in Leipzig, Jena und Magdeburg, zuletzt 2017–2023 Leiterin des Projekts „Provenienzforschung in öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts“ beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband.

**Uwe Grellak** M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: [uwe.grellak@hof.uni-halle.de](mailto:uwe.grellak@hof.uni-halle.de)

**Dorothea Horas** M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Potsdam. eMail: [horas@uni-potsdam.de](mailto:horas@uni-potsdam.de)

**Axel-Wolfgang Kahl** M.A., Historiker, Doktorand an der Universität Potsdam und Referent beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. eMail: [axelkahl@uni-potsdam.de](mailto:axelkahl@uni-potsdam.de)

**Astrid Lorenz**, Prof. Dr., seit 2011 Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. eMail: [astrid.lorenz@uni-leipzig.de](mailto:astrid.lorenz@uni-leipzig.de)

**Peer Pasternack**, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: [peer.pasternack@hof.uni-halle.de](mailto:peer.pasternack@hof.uni-halle.de); [www.peer-pasternack.de](http://www.peer-pasternack.de)

**Sandra Schell**, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. eMail: [sandra.schell@gs.uni-heidelberg.de](mailto:sandra.schell@gs.uni-heidelberg.de)

**Wolfgang Schieder**, Prof. Dr., lehrte von 1970 bis 1991 Neuere Geschichte an die Universität Trier und 1991 bis 2000 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität zu Köln.

**Jörg Schönert**, Prof. Dr., von 1980 bis 1983 Professor für Neuere Deutsche Literatur an der RWTH Aachen und von 1983 bis 2007 an der Universität Hamburg.

**Dieter Segert**, Prof. Dr., von 1989 bis 1998 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und von 2005 bis 2017 Professor für politikwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität Wien.

**Krijn Thijs**, Dr., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duitsland Instituut der Universiteit van Amsterdam. eMail: k.thijs@uva.nl